

Heiduk, Felix; Moeller, Kay

Research Report

Süd-Thailand: Woher kommt die Gewalt?

SWP-Aktuell, No. 22/2004

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Heiduk, Felix; Moeller, Kay (2004) : Süd-Thailand: Woher kommt die Gewalt?, SWP-Aktuell, No. 22/2004, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254488>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Süd-Thailand: Woher kommt die Gewalt?

Felix Heiduk / Kay Möller

Der Angriff moslemischer Jugendlicher auf Polizeiwachen und militärische Einrichtungen in drei thailändischen Provinzen am 28. April 2004 markiert den bisherigen Höhepunkt der Unruhen, die den Süden des Königreichs seit Anfang des Jahres in Atem halten. Bisher gibt es nur wenige Anhaltspunkte für Verbindungen zum internationalen islamischen Terrorismus. Bei einer weiteren Eskalation läßt sich nicht mehr ausschließen, daß mögliche Verbindungen intensiviert und umfassender als bisher etabliert werden.

Am frühen Morgen des 28. April 2004 stürmten mehrere Gruppen schwarzgekleideter, mit Macheten und einigen Revolvern bewaffneter Jugendlicher 15 Polizeiwachen, militärische Anlagen und Straßenkontrollpunkte in den thailändischen Südprovinzen Yala, Pattani und Songkhla. Die (anscheinend vorgewarnten) Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer. Nach ihren Angaben kamen 107 Angreifer, 3 Polizisten und 2 Soldaten ums Leben.

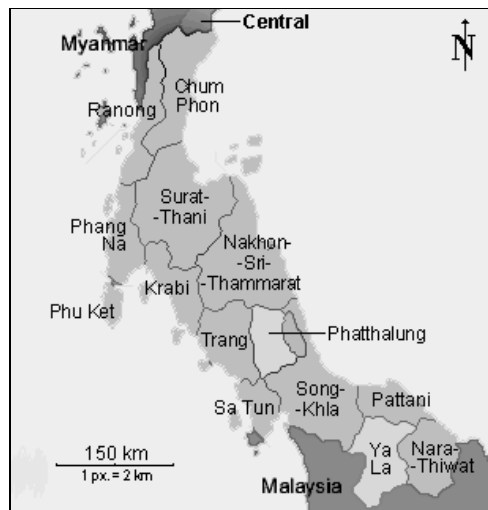
Wenig später stürmte das Militär unter Einsatz von Handgranaten und Tränengas eine Moschee in dem Ort Krueisei, in der sich eine der Gruppen verbarrikadiert hatte. Dabei starben 30 Jugendliche, insgesamt 17 Angreifer wurden festgenommen.

Dieser Zwischenfall ist der bisherige Gipfelpunkt der Unruhen im südlichen Thailand, die am 4. Januar 2004 begonnen hatten, als bei einem Überfall auf eine Kaserne 364 Maschinengewehre erbeutet wurden. Die Regierung hatte zunächst (wie auch im aktuellen Fall) die in der

Region seit langem aktiven Netzwerke von Drogen- und Waffenschmugglern verantwortlich gemacht. Angesichts der generalstabsmäßigen Planung der Aktion (die Sicherheitskräfte waren durch zeitgleiche Anschläge auf 20 öffentliche Schulen, 3 Polizeiwachen und das Schienennetz abgelenkt, Straßen waren durch umgestürzte Bäume unbefahrbar gemacht worden) wurde aber schon bald über mögliche politische Motive (unter den später Festgenommenen waren Parlamentsmitglieder und Senatoren) und Verbindungen zum internationalen islamistischen Terrorismus spekuliert.

Seither werden im südlichen Thailand fast täglich Brandanschläge auf öffentliche Gebäude und bewaffnete Angriffe auf Polizeioffiziere, Lehrer und buddhistische Mönche gemeldet. In der Nähe von Einkaufszentren explodierten wiederholt Sprengsätze. Bisher kamen mehr als 150 Menschen ums Leben. Die Regierung verhängte in zahlreichen Distrikten das Kriegsrecht.

Karte von Süd-Thailand



Quelle: Flagspot, <[http://flagspot.net/flags/th\(s.html](http://flagspot.net/flags/th(s.html)>.

Ein alter Konflikt

Nachdem Ende März bei der Stadt Sungai Golok nahe der malaysischen Grenze große Mengen Sprengstoffs aus einem Steinbruch entwendet und wenige Tage zuvor in demselben Ort eine Bombe ferngezündet worden war, sprach die Regierung in Bangkok nunmehr offiziell von einer »separatistischen« Bewegung.

In der betroffenen Region lebt die Mehrzahl der insgesamt drei Millionen thailändischen Moslems. Diese stellen in den Provinzen Narathiwat, Pattani und Yala ca. 80 Prozent der Bevölkerung. Bangkok hatte diese Territorien, die ursprünglich ein malaiisches Sultanat bildeten, 1902 annektiert. Eine 1948 von lokalen Aristokraten initiierte Revolte, die den Anschluß an die Malaiische Föderation erzwingen sollte, war 1954 nach einem erfolglosen Appell an die Vereinten Nationen abgebrochen worden.

Als Reaktion auf die anhaltende Assimilierungspolitik der Zentralregierung und die wirtschaftliche und politische Diskriminierung entstanden im Süden des buddhistischen Thailand in den fünfziger Jahren drei separatistische Organisationen: die Nationale Befreiungsfront von Pattani (Barisan Nasional Pembebasan Patani, BNPP), gegründet von religiösen Führern

mit Unterstützung durch thailändische Studenten an Universitäten in Saudi-Arabien, Ägypten und Pakistan, die Revolutionäre Nationale Front (Barisan Revolusi Nasional, BRN), gegründet von progressiv-islamischen Kräften, und die Vereinte Befreiungsorganisation von Pattani (Patani United Liberation Organisation, PULO), gegründet von Auslandsstudenten säkular-nationalistischer Ausrichtung. PULO wurde zur militantesten der drei Bewegungen und verfügte zeitweise über mehr als 1000 bewaffnete Kämpfer. Alle drei Gruppierungen erhielten bis in die achtziger Jahre materielle Hilfen aus Libyen, Saudi-Arabien und anderen mittelöstlichen Staaten. Eine kleine Zahl ihrer Mitglieder wurde in Afghanistan militärisch ausgebildet.

Seit Ende der sechziger Jahre kam es zu Absplitterungen, Ansätzen der Kooperation und zu sporadischer Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Thailands, die ihre Waffen zwanzig Jahre später niederlegte. Darüber hinaus bekamen die Guerillas Unterstützung aus den benachbarten malaysischen Bundesstaaten, nicht jedoch von der Zentralregierung in Kuala Lumpur (Malaysia errichtete 1994 einen Grenzzaun, um Übergriffe von Guerilla und thailändischer Armee einzudämmen).

Ende der achtziger Jahre beruhigte sich die Lage vor dem Hintergrund von Wirtschaftswachstum, größerer religiöser Toleranz, eines verbesserten Bildungswesens und verbesserter Infrastruktur. Die Region machte erst in den Jahren 1993 und 1994 wieder von sich reden, als in grenznahen Städten mehr als 30 Brandanschläge, Schießereien und Bombenattentate verzeichnet wurden. Nach Einschätzung vieler Beobachter waren konservative Politiker und Militärs verantwortlich, die 1992 in Bangkok die Macht verloren hatten. 1995 schätzten die Sicherheitskräfte die kombinierte Stärke von PULO und BRN auf insgesamt 120 Mann.

1997 wurde in Bangkok eine neue, demokratische Verfassung verabschiedet, in der Religionsfreiheit garantiert und gewisse Autonomierechte der Provinzen verankert

wurden. Mehr als 900 Guerillas legten die Waffen nieder und nahmen an einem Wiedereingliederungsprogramm der Regierung teil. Andere trugen ihre Botschaft in die Islamschulen der Region. Zahlreiche Führer der PULO und der Splitterorganisation New PULO flüchteten ins Ausland. Im Gegenzug kehrten ab Mitte der neunziger Jahre vermehrt thailändische Veteranen des Afghanistan-Krieges, von den Taliban militärisch ausgebildet und ideologisch geformt, nach Süd-Thailand zurück.

Islamismus?

Bis heute hat niemand die Verantwortung für die Überfälle und Anschläge übernommen. Auch gibt es keine Belege für Verbindungen zwischen der neuen Guerilla und Osama bin Ladens Al-Qaida bzw. dem mit Al-Qaida kooperierenden südostasiatischen Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah. Nach Aussage des thailändischen Militärs, das mit einem Wiederaufflammen des separatistischen Kampfes rechnet, haben sich ehemalige Angehörige von PULO, New PULO und BRN zu einer neuen Organisation namens »Einheit« (Bersatu) zusammengeschlossen. Daneben ist allerdings die Rede von einer 1995 von Afghanistan-Veteranen gegründeten Islamischen Mujaheddinfront Pattanis (Gerakan Mujahideen Islam Patani, GMIP), mit Verbindungen zu Al-Qaida, Jemaah Islamiyah und der Mujaheddin-Vereinigung Malaysias (Kumpulan Mujahideen Malaysia, KMM). Während die Zahl der Bersatu-Kämpfer nur auf etwa 20 veranschlagt wird, soll die GMIP über 500 Guerillas und bis zu 70 000 Sympathisanten verfügen.

Die Armeeführung glaubt, daß einige der jüngeren Kämpfer in letzter Zeit in Indonesien ausgebildet wurden. Für eine größere bzw. schnell wachsende Organisation spricht auch der Umstand, daß die bisher bei Überfällen erbeuteten Waffen nicht wieder auf dem schwarzen Markt aufgetaucht sind. Im Unterschied zur Regierung, die der GMIP jegliches politische Motiv abspricht, gehen ausländische Beob-

achter davon aus, daß die GMIP den traditionellen Separatismus mit Hilfe einer an den wahhabitischen Islam angelehnten »Jihad«-Ideologie neu zu beleben versucht. So hat die Gruppierung Thailands Moslems wiederholt zum »Heiligen Krieg« gegen die »rassistische Regierung« in Bangkok aufgerufen.

Einen weiteren Hinweis auf mögliche Verbindungen zum internationalen Terrorismus lieferte im August 2003 die Festnahme des Indonesiers Riduan Isamuddin (»Hambali«) südlich von Bangkok. Hambali dürfte die 2002 in Bali verübten Bombenanschläge im südlichen Thailand geplant haben. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme bereitete er anscheinend einen Anschlag auf ausländische Botschaften in Bangkok vor, der während des Apec-Gipfels im Oktober 2003 stattfinden sollte. Seit 2001 hatten zahlreiche Indonesier von den bis dahin vergleichsweise laxen Bestimmungen für die Einreise ins südliche Thailand profitiert (für die USA spielt Indonesien neben den Philippinen die wichtigste Rolle an der »zweiten«, der südostasiatischen Antiterror-Front).

Die Rolle der thailändischen Regierung

Eine mindestens indirekte Verantwortung für das Wiederaufflammen der Gewalt trifft auch die Regierung Thaksin Shinawatra. 2002 hatte Bangkok im Süden des Landes eine mit Militärs und Zivilisten besetzte Arbeitsgruppe und ein Zentrum für Verbindungen nach Malaysia aufgelöst und die örtliche Bevölkerung damit wichtiger Kommunikationskanäle beraubt. Ein Jahr später ließ sie unter Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien Drogenhändler durch Mordkommandos verfolgen. Ebenfalls 2003 hatte sie sich mit der Entsendung von Soldaten in den Irak zur Politik der Bush-Administration bekannt. Im Juni ließ die Regierung kurz vor einer Begegnung zwischen Thaksin und George Bush drei prominente religiöse Führer in Narathiwat wegen Verdachts auf Beteiligung am (internationalen)

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Terrorismus verhaften. Die USA hatten Bangkok zuvor zu einem Ausbau der Anti-terror-Zusammenarbeit gedrängt. Wenig später verschärfte Thailand die Sicherheitsvorkehrungen in den Südpfvinzen. Bewaffnete Polizisten wurden in Islamschulen abkommandiert, Moscheen gelegentlich mit Sprengstoffhunden durchsucht. In jüngster Zeit haben Bangkok und Kuala Lumpur gemeinsame Grenzpatrouillen aufgenommen und den Grenzübertritt erschwert. Thaksin sprach von der Notwendigkeit, entlang der Grenze eine »Schutzmauer« zu errichten. Es bleibt abzuwarten, ob ein von der Regierung aufgelegtes 560-Millionen-US-Dollar-Programm zur Stabilisierung der Region neben sicherheitstechnischen auch wirtschaftlichen und sozialen Projekten zugute kommt.

Die Kombination aus traditioneller Diskriminierung des Südens, um sich greifender Arbeitslosigkeit, Thaksins Schluß mit den USA und verschärften Sicherheitsmaßnahmen vor Ort hat insbesondere unter den Jugendlichen in den drei Südpfvinzen Sympathien für Al-Qaida und die Jemaah Islamiyah geweckt. Während kriminelle Banden heute schon von den neuen Unruhen profitieren, könnte Süd-Thailand im Falle eines anhaltenden und eskalierenden Konflikts zum Rekrutierungs- und Rückzugsraum für regionale und internationale Terroristen werden.

Die Unruhen im Süden Thailands verschärfen die autoritären Neigungen, die Thaksin Shinawatra seit seinem Amtsantritt im Januar 2001 an den Tag gelegt hat. Darüber hinaus dürften sie, ähnlich wie die Anschläge auf Bali vom Oktober 2002, den Tourismus gefährden, eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes (die malaysischen Touristen sind bereits ausgeblieben). Schließlich sind als Ausfluß einer regional proamerikanischen und lokal wenig sensiblen Politik weitere Verstimmungen mit den islamisch geprägten Nachbarstaaten Malaysia und Indonesien zu erwarten.